

Kickl „wörtlich“ blamiert die Jagdgesellschaft

Im ORF-Report vom 22. Jänner 2019 wurde Innenminister Herbert Kickl zu den vier in jüngster Zeit geschehenen Frauenmorden „mit Migrationshintergrund“ befragt und wie er dazu steht, dass die schon lange als gewaltbereit bekannten Täter aufgrund bestehender österr. Gesetze und internationaler Vereinbarungen bisher nicht abgeschoben werden konnten.

Der Innenminister antwortete darauf wörtlich wie folgt:

„... ja selbstverständlich stehen wir alle auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit. Das ist ja eine Selbstverständlichkeit. Nur eines muss man auch dazu sagen: Was ist denn die größte Gefahr für den Rechtsstaat? Die größte Gefahr ist, dass er missbraucht und quasi gegen sich selbst zur Anwendung gebracht wird. Dass man quasi über die eigenen Gesetze stolpert und handlungsunfähig ist. Das ist die Situation, vor der wir jetzt stehen. Da brennt das Haus – dort liegt der Schlauch, wir wissen genau, dass wir den Schlauch nehmen müssen, um das Feuer zu löschen, und dazwischen gibt es irgendwelche rechtlichen Konstruktionen, teilweise viele, viele Jahre alt, aus ganz anderen Situationen heraus entstanden, und die hindern uns daran, das zu tun, was notwendig ist. **Und deswegen möchte ich eine Debatte darüber führen, und mich auch anlegen mit diesen Regelungen, und diese hinterfragen.** Denn ich glaube immer noch, dass der Grundsatz gilt, dass das Recht der Politik zu folgen hat und nicht die Politik dem Recht. Und das wird eine spannende Auseinandersetzung, weil ich nicht glauben kann, dass es niemanden Vernünftigen geben kann in diesem Land, der nicht dafür ist, dass wir bei Straffälligen, bei Straftätern, die Körperverletzungen begehen und andere Dinge, einen Weg finden sollen, dass wir denen dann den Asylstatus aberkennen und sie außer Landes bringen, oder bei denjenigen, die sich dafür erst bewerben, dafür sorgen, dass das Verfahren negativ ausgeht.“

Damit hat Kickl erstens die Rechtsstaatlichkeit als für ihn unumstößlich betont und zweitens nur eine Debatte darüber angeregt mit dem Ziel, den derzeit ganz unbefriedigenden Zustand durch Gesetzesänderungen zu bereinigen. Seine Aussage, die Politik stehe über dem Recht, ist vom politischen Gegner mit Absicht – und vielleicht auch von ein paar intellektuell Überforderten – fehlinterpretiert worden. Natürlich hat sich die Politik an geltendes Recht zu halten, wie ja auch Kickl betont hat, aber gleichzeitig hat sie die Pflicht, Gesetze zu ändern, die kontraproduktiv sind, wie im Anlassfall. Dazu sind die Parlamente schließlich da.

Dass die Oppositionsparteien und die linken Medien mangels echter „Aufreger“ wieder einmal zum Halalie gegen den Innenminister blasen, daran habe ich mich inzwischen – wie viele andere Landsleute auch – schon gewöhnt. Dass sich aber auch der Bundespräsident überflüssigerweise einmischt und dass sogar der Koalitionspartner, insbesondere Moser und Kurz, herumzickt, statt Klartext zu reden, das ist ärgerlich und bestätigt die Meinung, dass sich die ÖVP „abputzt“, wo es nur geht, und der FPÖ, ohne die sie noch immer im „Nirgendwo“ wäre, die notwendige „Drecksarbeit“ machen lässt.

Ergänzungen:

1. Dass das Kultur- und Bildungsniveau in den letzten 50 Jahren in Österreich sehr gelitten hat, das ist eine traurige Tatsache. Im Besonderen trifft das auf die politische Kultur zu. Heute müsste Bruno Kreisky statt zu „Lernen's Geschichte“ wohl schon zu „Lernen's lesen“ auffordern.

2. Kickl hat seine Aussagen auf Facebook nicht „relativiert“, sondern deren Inhalt nur jenen zu erläutern versucht, die des sinnerfassenden Lesens offenbar nicht mächtig sind.
3. Frau Staatssekretärin Karoline Edtstadler hat die Ehre der ÖVP durch ihr ausdrückliches Lob für Innenminister Kickl wenigstens teilweise wiederhergestellt.
4. Frau Grieß sollte sich endlich von der Politik verabschieden, ehe sie sich durch weitere dumme Sprüche jeglicher wertschätzenden Erinnerung beraubt.
5. Die Opposition hat mit ihrem Misstrauensantrag das Parlament missbraucht. Einigen ihrer Abgeordneten war der Zirkus sichtlich zuwider und soll dem Innenminister bei der geheimen Abstimmung angeblich über die Stimmen der Regierungsparteien hinaus das Vertrauen ausgesprochen worden sein.

dgm/25. Jänner 2019